

MICHAELA SOHN-KRONTHALER, MARKUS ZIMMERMANN (HG.)

IGNAZ SEIPEL

(1876–1932)

IM SPANNUNGSFELD VON KIRCHE,
PARTEI UND POLITIK

BAND 3





Michaela Sohn-Kronthaler, Markus Zimmermann (Hg.): Ignaz Seipel (1876–1932)

Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien
der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von
Robert Kriechbaumer (†) · Franz Schausberger · Hubert Weinberger

Band 88/3



Michaela Sohn-Kronthaler, Markus Zimmermann (Hg.): Ignaz Seipel (1876–1932)

Michaela Sohn-Kronthaler, Markus Zimmermann (Hg.)

Ignaz Seipel (1876–1932)

Im Spannungsfeld von Kirche, Partei und Politik

BÖHLAU



→ Wirtschaft, Tourismus,
Wissenschaft und Forschung



Zukunftsfonds
der Republik Österreich

Veröffentlicht mit Unterstützung durch:
Amt der Salzburger Landesregierung
Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Verein zur Förderung der Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät
der Karl-Franzens-Universität Graz
Zukunftsfonds der Republik Österreich

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2024 Böhlau, Zeltgasse 1, A-1080 Wien, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore;
Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink,
Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, V&R unipress und Wageningen Academic.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung:
Christlichsoziales Wahlplakat zur Nationalratswahl 1923,
© ÖNB, Verleger: Franz Schäfer.

Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: büro mn, Bielefeld
Druck und Bindung: Hubert & Co, Göttingen
Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier
Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-205-22121-0

In memoriam
em. o. Univ.-Prof. Dr. Maximilian Liebmann (1934–2022)
anlässlich seines 90. Geburtstages

Michaela Sohn-Kronthaler, Markus Zimmermann (Hg.): Ignaz Seipel (1876–1932)

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---------------|----|
| VORWORT | II |
|---------------|----|

POLITISCHE KATHOLIZISMEN

Siegfried Weichlein

| | |
|--|----|
| DER DEUTSCHSPRACHIGE POLITISCHE KATHOLIZISMUS IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT | 19 |
|--|----|

Jaroslav Šebek

| | |
|---|----|
| DER POLITISCHE KATHOLIZISMUS IN DER »ERSTEN TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK« UND DIE ROLLE VON PRIESTERPOLITIKERN | 41 |
|---|----|

VON DER MONARCHIE ZUR REPUBLIK

Rupert Klieber

| | |
|---|----|
| IGNAZ SEIPELS SALZBURGER JAHRE 1909 BIS 1917 – NUR EINE »WARTEZEIT«? | 59 |
|---|----|

Helmut Wobnout

| | |
|--|----|
| IGNAZ SEIPEL UND DER ÜBERGANG VON DER MONARCHIE ZUR REPUBLIK | 91 |
|--|----|

Thomas Olechowski

| | |
|-------------------------------------|-----|
| DER STAATSDENKER IGNAZ SEIPEL | 111 |
|-------------------------------------|-----|

ÖSTERREICH UND EUROPA

Michael Gebler

| | |
|---|-----|
| ZWISCHEN ANSCHLUSSFRAGE, MITTELEUROPA UND NEUTRALITÄT Die Außen- und Europapolitik von Ignaz Seipel als »Österreichs Sprecher in der Welt«? | 129 |
|---|-----|

Walter M. Iber

DER POLITIKER IGNAZ SEIPEL UND DIE ÖKONOMISCHEN
PROBLEMSTELLUNGEN SEINER ZEIT 173

Anita Ziegerhofer

IGNAZ SEIPEL IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN
RICHARD COUDENHOVE-KALERGIS PANEUROPA
UND KARL ANTON ROHANS KULTURBUND 195

Leopold Neubold

SCHRITTE AUF DEM WEG ZUM FRIEDEN?
Zur Friedenskonzeption von Ignaz Seipel 219

PARTEIPOLITISCHE KONTROVERSEN

Robert Kriechbaumer (†)

IGNAZ SEIPEL ALS OBMANN DER CHRISTLICHSOZIALEN PARTEI
1921–1930 245

Helmut Wagner

IGNAZ SEIPEL UND JOHANN NEPOMUK HAUSER –
ZWEI CHRISTLICHSOZIALE PRIESTERPOLITIKER IM VERGLEICH 263

Florian Wenninger

»SIE GLAUBEN, MIT UNSEREN TOTEN IHRE WEINBERGE
DÜNGEN ZU KÖNNEN!« – IGNAZ SEIPEL IN DER WAHRNEHMUNG
DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATIE 279

Dieter A. Binder

DIE »ENTSORGTE GESCHICHTE«: SEIPEL UND DIE ÖVP NACH 1945 303

ÖFFENTLICHE DISKURSE UND DEMOKRATIEKRITIK

Johannes Schöner

BILD UND »ZERRBILD«. IGNAZ SEIPEL IN KARIKATUR UND PLAKAT 321

Lothar Höbelt

IGNAZ SEIPEL UND DIE HEIMWEHREN 357

Erika Kustatscher

IGNAZ SEIPEL UND DER STÄNDEGEDANKE 375

POLITIKER UND PRIESTER

Michaela Sohn-Kronthaler

»IHR GANZ ERGEBENER SEIPEL«. DIE BEZIEHUNG DES
PRIESTERPOLITIKERS IGNAZ SEIPEL ZU HILDEGARD BURJAN 399

Jürgen Steinmair

IGNAZ SEIPEL UND DER HEILIGE STUHL. EINE BEZIEHUNGSANALYSE 429

Markus Zimmermann

PRÄLAT IGNAZ SEIPEL – EIN BLICK AUF DEN PRIESTER
HINTER DEM POLITIKER 453

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN 477

PERSONENREGISTER 479

Michaela Sohn-Kronthaler, Markus Zimmermann (Hg.): Ignaz Seipel (1876–1932)

Vorwort

Ignaz Seipel (1876–1932) war der bekannteste Priesterpolitiker Österreichs im 20. Jahrhundert. Von 1922 bis 1924 und von 1926 bis 1929 lenkte er als christlichsozialer Bundeskanzler die Geschicke der Ersten Republik in gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Krisenjahren. Kontrovers beurteilt wird sein politisches Wirken.

Nachdem vor mehr als viereinhalb Jahrzehnten von Klemens von Klemperer¹ und Friedrich Rennhofer² die letzten umfangreichen Monografien verfasst worden sind, präsentiert die vorliegende Publikation mit einem interdisziplinären Ansatz neue Forschungsergebnisse zu Ignaz Seipel und seiner Rolle als Priester, Universitätsprofessor und Staatsmann. Dieser Band gibt nicht nur die Vorträge renommierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wieder, die auf dem vom Grazer Institut für Kirchengeschichte und Kirchliche Zeitgeschichte veranstalteten internationalen Symposium mit dem gleichnamigen Titel »Ignaz Seipel (1876–1932): Im Spannungsfeld von Kirche, Partei und Politik« am 4. und 5. November 2022 gehalten wurden, sondern enthält auch Beiträge, die sich mit weiteren Fragestellungen zur Erforschung der Persönlichkeit Seipels und seines Wirkens in Österreich und Europa auseinandersetzen. Dabei wurden von den Autorinnen und Autoren für diese Studien weitgehend die Tagebücher des Priesterpolitikers herangezogen, die er vom Februar 1916 bis knapp vor seinem Tod am 2. August 1932 verfasste und deren Edition zu den Forschungsschwerpunkten des Grazer Kirchengeschichte-Instituts zählt.

Siegfried Weichlein, Professor für Europäische und Schweizerische Zeitgeschichte an der Universität Freiburg/Fribourg, geht in seinem Beitrag auf die prägende Rolle des parteipolitischen Katholizismus im deutschsprachigen Raum in der Zwischenkriegszeit ein. Weichlein stellt darin Parallelen und Unterschiede zwischen der deutschen Zentrumspartei, die zwar im 19. Jahrhundert durch den Kulturkampf ihre Prägung erfuhr, sich aber bereits ab 1890 als Stütze der Reichsregierungen erwies, und den österreichischen Christlichsozialen heraus.

Jaroslav Šebek, Historiker an der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag, bietet einen Einblick in den von nationalen Spannungen und Identitätsdiskursen geprägten Politischen Katholizismus in der Ersten Tschechoslowakischen Republik und erhellt die Rolle der Priesterpolitiker. Im Nachfolgestaat der Donaumonarchie

1 Klemens von Klemperer, Ignaz Seipel. Christian statesman in a time of crisis, Princeton 1972. Deutschsprachige Ausgabe: Ders., Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit, Graz/Wien/Köln 1976.

2 Friedrich Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann. Eine biographische Dokumentation (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek 2), Wien/Köln/Graz 1978.

blickte man innerhalb der katholischen Tschechoslowakischen Volkspartei, zu deren prominenten Vertretern der Priesterpolitiker Jan Šrámek (1870–1956) zählt, zu Beginn der 1920er Jahre noch mit Bewunderung auf Ignaz Seipel.

Der Kirchenhistoriker Rupert Klieber von der Universität Wien zeichnet den wissenschaftlichen Werdegang Ignaz Seipels nach und fragt nach der Einordnung der Salzburger Jahre für das künftige politische Wirkungsfeld Seipels in Wien. Geprägt durch seinen Lehrer Franz Martin Schindler (1847–1922) übernahm dieser 1909 die Professur für Moraltheologie an der damals weniger bedeutenden Katholisch-Theologischen Fakultät in Salzburg. Er baute sich dort zusehends ein außeruniversitäres Netzwerk auf. 1918 an die Wiener Theologische Fakultät zurückgekehrt, verließ Seipel bald das Feld der Wissenschaft zugunsten politischer Aktivitäten.

Helmut Wohnout, Historiker und Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchives in Wien, beleuchtet die Rolle Ignaz Seipels während des Übergangs von der Monarchie zur Republik in den Novembertagen des Jahres 1918. Der Autor führt historische Belege an, die darauf hinweisen, dass Ignaz Seipel der Verfasser der Verzichtserklärung Kaiser Karls I. (1887–1922) war. Selbst hin- und hergerissen, gelang es Seipel, einen Ausgleich zwischen der alten und der neuen Staatsform innerhalb des christlichsozialen Milieus herbeizuführen.

Der Wiener Rechtshistoriker Thomas Olechowski geht von Seipels Werk »Nation und Staat« (1916) aus, in dem dieser den Begriff der Nation als »Schicksalsgemeinschaft« charakterisiert. Olechowski zeigt insbesondere auf, welche Rolle der »Staatsdenker« Ignaz Seipel im Zuge der Konzeption des Bundesverfassungsgesetzes von 1920 spielte und wie sich dessen Ständestaats- und Demokratieverständnis in den letzten Lebensjahren entwickelte.

Michael Gehler, Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Universität Hildesheim, analysiert Seipels außenpolitische Rolle. Dieser, »ein außenpolitischer Drahtseiltänzer«, verfolgte – so Gehlers Fazit – eine »strikte Neutralitätspolitik« Österreichs, die zwar zu einer ausgewogenen Außenpolitik führte, jedoch eine »Unversöhnlichkeit in der Innenpolitik« in Kauf nahm.

Walter M. Iber, Wirtschaftshistoriker an der Universität Graz, bettet das wirtschaftspolitische Wirken Seipels in die ökonomischen Krisen und Problemstellungen der Ersten Republik ein. Mit dem Glauben an die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Österreichs schuf dieser die Grundlage für das Genfer Sanierungswerk 1922, zunächst unter der Kontrolle des Völkerbundes stehend. Es folgte eine Phase konjunktureller Erholung, ehe sich in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre die ersten Banken Krisen anbahnten.

Die Grazer Rechtshistorikerin Anita Ziegerhofer stellt zunächst zwei Konzeptionen für die Gestaltung Europas nach dem Ende des Ersten Weltkrieges vor: zum einen »Paneuropa« von Richard Coudenhove-Kalergi (1894–1972), zum anderen den »Kulturbund«, für den Karl Anton Rohan (1898–1975) warb. Ziegerhofer legt in ihrem

Beitrag dar, welche Beziehungen Ignaz Seipel mit den beiden Adeligen unterhielt und ob er ihren Kreisen und europäischen Zukunftskonzeptionen nahestand.

Wie der Moraltheologe Ignaz Seipel Frieden verstand und sich für ihn einsetzte, zeigt der Grazer Sozialethiker Leopold Neuhold auf. Ausgangspunkt ist die posthum veröffentlichte Schrift »Der Friede«.³ Diese wird insbesondere mit mehreren Reden zusammengesehen, woraus Seipels Verständnis von Friedenswahrung und Friedensschaffung auf der Basis der Bergpredigt Jesu hervorgeht. Der Priesterpolitiker forderte den intensiven Einsatz der Katholiken für den Frieden und sah im Völkerbund eine Organisation, um den Weg zu einem Weltfrieden zu ebneten.

Der kürzlich verstorbene Salzburger Historiker und Politologe Robert Kriechbaumer wendet sich Ignaz Seipel in seinem Amt als Obmann der Christlichsozialen Partei von 1921 bis 1930 zu. Dessen Wirken zeichnet er in der konkreten parteipolitischen Führung und Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner nach und bemisst diese auch im Hinblick auf die staatsmännische Führung und in Beachtung der Formulierungen des Politischen Katholizismus von Seipel.

Einen Vergleich zwischen den Priesterpolitikern Ignaz Seipel und Johann Nepomuk Hauser (1866–1927), der von 1908 bis 1927 oberösterreichischer Landeshauptmann war, als Nationalratsabgeordneter die Interessen der Christlichsozialen Partei parlamentarisch vertrat und für diese weitere Ämter wahrnahm, unternimmt der Kirchen- und Zeithistoriker Helmut Wagner aus Linz. Dieser arbeitet Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen beiden heraus, unter anderem bezüglich des Werdeganges, der Parteinähe und der politischen Positionen und Konzepte.

Wie die österreichische Sozialdemokratie den Politiker Ignaz Seipel gesehen hat und dessen polarisierender Rolle, die der Kampf konkurrierender Weltanschauungen mit sich brachte, damit setzt sich der Historiker und Politikwissenschaftler Florian Wenninger, Leiter des Instituts für Historische Sozialforschung in Wien, auseinander. Nach einer anfänglich abwartenden, Seipel teils unterschätzenden Haltung wurde dessen Person und Politik nach 1922 zunehmend als Feindbild gesehen.

Dieter A. Binder, Historiker an der Universität Graz und der Andrassy Universität Budapest, sieht in der fehlenden Seipel-Memoria innerhalb der ÖVP nach 1945 eine »entsorgte Geschichte«, die unter anderem zugunsten eines günstigen Koalitionsklimas im Nachkriegsösterreich »geopfert« wurde. Als ein ähnliches Phänomen konstatiert Binder das öffentliche Gedenken an Seipels intellektuellen Gegenspieler Otto Bauer (1881–1938) durch die SPÖ.

Der Geschäftsführer und Archivar des Karl von Vogelsang-Instituts in Wien, Johannes Schönner, veranschaulicht, wie Seipel zum Zerrbild in den zeitgenössischen Medien »Karikatur« und »Plakat« wurde. Das darin gezeichnete Bild von diesem schwankt

3 Ignaz Seipel, *Der Friede. Ein sittliches und gesellschaftliches Problem*, hg. v. Rudolf Blüml, Innsbruck/Wien/München 1937.

»zwischen absoluter Dämonisierung und verklärtem Heroismus«. Der Autor fragt unter Einbeziehung von Illustrationen nach Zusammenhängen zwischen medialen Attacken und politischen Ereignissen sowie nach einer möglichen Interaktion zwischen beiden.

Seipels Einstellung zu den Heimwehren geht der Wiener Historiker Lothar Höbelt nach und wendet sich chronologisch deren Genese zu. Diese speiste sich aus der Haltung Seipels, der Sozialdemokratie keinen Vorteil einzuräumen und der Christlich-sozialen Partei mit entsprechendem Mitteleinsatz eine ebenbürtige Rolle zukommen zu lassen. Dessen Konzeption war hierbei indes nicht im Ständestaat verankert.

Inwieweit im Denken und Handeln Seipels »Stand« und »Ständestaat« eine Rolle spielten, untersucht die Südtiroler Historikerin Erika Kustatscher. Sein Politik- und Staatsverständnis beleuchtet sie vor dem Hintergrund der Sozialenzyklika »Quadragesimo anno« von Papst Pius XI. aus dem Jahre 1931 und der konzeptuellen Vorstellungen des Nationalökonom, Soziologen und Philosophen Othmar Spann (1878–1950) sowie des Theologen, Rechtswissenschaftlers und Nationalökonom Johannes Meßner (1891–1984).

Michaela Sohn-Kronthaler, Professorin für Kirchengeschichte an der Universität Graz, analysiert das Verhältnis Seipels zu Hildegard Burjan (1883–1933), seiner wichtigsten Gesprächspartnerin. Mit ihr, der Gründerin der Caritas Socialis, verbanden Seipel nicht nur gemeinsame soziale, politische und geistliche Interessen, sondern Burjan und ihre Familie boten ihm als Mensch, Priester und Staatsmann auch ein familiäres und privates Umfeld in Wien.

Jürgen Steinmair, Professor am Erzbischöflichen Gymnasium Hollabrunn, arbeitet ausgehend von seinen Forschungen in vatikanischen Archiven die hohe Reputation Seipels beim Heiligen Stuhl heraus, aufgrund dessen es kaum zu Loyalitätskonflikten kam. Insbesondere Enrico Sibia (1861–1948), von 1922 bis 1936 Nuntius in Österreich, zeigte beinahe »kritiklose Bewunderung« für den Staatsmann, der aus der Sicht des Heiligen Stuhls ganz dem Ideal eines Priesterpolitikers entsprach.

Markus Zimmermann, Universitätsassistent am Institut für Kirchengeschichte und Kirchliche Zeitgeschichte der Universität Graz, widmet sich dem Priester Ignaz Seipel, der sich in seinen als Selbstreflexionen verfassten geistlichen Tagebuchaufzeichnungen nach den Juliereignissen 1927 vermehrt mit der existentiellen Frage »Seelsorge oder Politik« auseinandersetzte. Untersucht wird darüber hinaus, inwiefern Seipel seine Priesterrolle vor allem bei liturgischen Funktionen und Predigten als politisches Instrument nutzte.

Herzlich gedankt sei allen Autorinnen und Autoren, die für die vorliegende Publikation einen Beitrag verfasst haben, ebenso jenen Institutionen, welche die Drucklegung dieses Bandes subventioniert haben: dem Verein zur Förderung der Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Graz, dem Land Salzburg, dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung A12 Wirtschaft, Tourismus, Wissenschaft und Forschung, Referat Wissenschaft und Forschung, sowie der Dr.-Wilfried-Has-

lauer-Bibliothek Salzburg. Für das Korrekturlesen möchten wir Stefan Kronthaler und Andreas Sohn von der Universität Sorbonne Paris Nord Dank sagen.

In besonderer Weise danken wir Robert Kriechbaumer, der stets großes Interesse an der Edition der Tagebücher des Priesterpolitikers Ignaz Seipel gezeigt hat. Er hat diese Publikation wie auch die Edition der Tagebücher von Ignaz Seipel und den damit verbundenen Personenband in die Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek aufgenommen. Ihm wie auch Sarah Stoffaneller, Julia Roßberg und Michael Rauscher von Brill Österreich/Böhlau Wien danken wir besonders für die ausgezeichnete Zusammenarbeit.

Die vorliegende Publikation ist Maximilian Liebmann (1934–2022), von 1989 bis 2002 Institutsvorstand und Professor für Kirchengeschichte an der Universität Graz, anlässlich seines 90. Geburtstages gewidmet. Er hat vor vielen Jahren die Transkription der Tagebücher Seipels am Grazer Institut für Kirchengeschichte und Kirchliche Zeitgeschichte in die Wege geleitet und ebendort den Schwerpunkt der Kirchlichen Zeitgeschichtsforschung in Österreich etabliert.

Graz, im August 2024

Michaela Sohn-Kronthaler – Markus Zimmermann

Michaela Sohn-Kronthaler, Markus Zimmermann (Hg.): Ignaz Seipel (1876–1932)

POLITISCHE KATHOLIZISMEN



Christlichsozialer Aufmarsch auf der Wiener Ringstraße (um 1920), © ÖNB, Foto: Gebrüder Schubmann.

Michaela Sohn-Kronthaler, Markus Zimmermann (Hg.): Ignaz Seipel (1876–1932)

Siegfried Weichlein

Der deutschsprachige Politische Katholizismus in der Zwischenkriegszeit

Parteiensysteme werden nicht in jedem Land neu erfunden. Vier Parteien oder Parteifamilien bildeten in Mitteleuropa typischerweise das Parteiensystem vor 1914: Liberalismus, Politischer Katholizismus, Konservatismus und Sozialismus. Die politische Soziologie erklärt das aus ähnlichen Konfliktlagen in diesen Ländern. Der Politische Katholizismus entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach dem norwegischen Soziologen Stein Rokkan als Ergebnis der Nationalstaatsbildung.¹ Das geschah nicht nur im deutschsprachigen Teil Europas, dem Kaiserreich und der Schweiz, sondern auch in den Niederlanden und in Belgien. Der Politische Katholizismus organisierte in den »Culture wars« (Christopher Clark) des späten 19. Jahrhunderts die Minderheit der Katholiken gegen die Mehrheit aus Protestanten (Deutschland, Schweiz, Niederlande) oder Laizisten (Italien, Belgien, Spanien).² Die vier Parteifamilien, die aus den beiden Grundkonflikten der Nationalstaatsbildung und der Industrialisierung entstanden, prägten auch die europäischen Parteiensysteme der Zwischenkriegszeit.

AUSGANGSBEDINGUNGEN, HYPOTHEKEN UND UNTERSCHIEDE

Der Politische Katholizismus entfaltete eine enorme Mobilisierungswirkung, weil er zum Beispiel im Deutschen Reich als generalisiertes Kommunikationsmedium regionale Lagen überbrücken oder überspannen konnte. Er adressierte den in vielen Regionen, in Nord und Süd, Ost und West auftretenden Konflikt zwischen Staat und Kirche und aggregierte regionale politische Interessen und Konflikte auf der nationalen Reichsebene. Der Kulturkampf in Bayern, im ostpreußischen Ermland, in Schlesien, Osnabrück, Mainz und Baden produzierte im Ergebnis eine gemeinsame politische Vertretung auf katholischer Seite.³ Katholiken in Niederbayern, im Rheinland, im

1 Stein Rokkan, Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken, rekonstr. u. eingel. v. Peter Flora, Frankfurt a. M. 2006.

2 Christopher Clark/Wolfram Kaiser (Hg.), Culture Wars. Secular-Catholic Conflict in Nineteenth-Century Europe, Cambridge 2003.

3 Zu Bayern vgl. Friedrich Hartmannsgruber, Die Bayerische Patriotenpartei 1868–1887 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 82), München 1986.

Emsland, im Eichsfeld und in Schlesien, die sich persönlich nie begegneten, traten in eine politische Kommunikation miteinander. Die Zentrumsparterie organisierte auf nationaler Ebene den politischen Widerstand der katholischen Seite und koordinierte ihn gleichzeitig mit den Zentrums-Landtagsfraktionen. Sie war eine Reichspartei und überbrückte den Gegensatz der deutschen Staaten. Weil (und nicht obwohl) die Zentrumsparterie aus dem Staat-Kirche-Konflikt heraus entstand und selbst eine Konfliktpartei war, wirkte sie durch ihre nationale Aggregationsleistung staatsgründend, indem sie eine nationale Vertretung des Katholizismus herstellte und die nationale Ebene im Katholizismus sichtbar machte. Dieser Mechanismus blieb bereits den Zeitgenossen nicht verborgen. Georg Simmel hat die »Integration durch Konflikt« in seiner Schrift »Der Streit« von 1908 herausgearbeitet.⁴ Die Zentrumsparterie war fest in der politischen Kultur des Kaiserreiches verankert. Und sie wurde zu einer der drei Staatsgründungsparteien der Weimarer Republik.

DER DEUTSCHE POLITISCHE KATHOLIZISMUS

Der Erste Weltkrieg beziehungsweise sein Ausgang griff jedoch in die Grundkonstellation des Parteiensystems massiv ein. Deutschland ging als Verlierer aus dem Krieg hervor und seine Nationalstaatsbildung erhielt in der Wahrnehmung der Zeitgenossen – nicht der Geschichtswissenschaft – einen erheblichen Dämpfer: Das Reich musste im Westen, Norden und Osten Gebiete abtreten, der liberal-monarchische Gründungskonsens von 1871 wurde durch einen sozialdemokratisch-katholisch-liberalen Verfassungskompromiss ersetzt. Der deutsche Politische Katholizismus vertrat nicht mehr defensiv eine Minderheit, sondern war selbst Staatsgründungspartei geworden und nahm die Rolle ein, die im Kaiserreich die Nationalliberalen innegehabt hatten. Das unterschied das Zentrum nach 1919 gründlich von seiner Rolle im Kaiserreich, auch wenn die Zentrumsparterie oft genug Vorhaben der kaiserlichen Regierung mitgetragen hatte und immer wieder das Zünglein an der Waage gewesen war. Für den deutschen Politischen Katholizismus bedeutete das, dass er jetzt nicht mehr Oppositionspartei aus dem Geist einer Minderheit sein konnte, sondern Staatsparterie der Republik und zudem noch Preußens war. Alle wichtigen Grundentscheidungen in der Reichsverfassung und in den Gründungsjahren fielen mit der Zustimmung der Zentrumsparterie. Dem Zentrum kam eine völlig neue Rolle zu, die es zu umschreiben und auszufüllen galt.⁵

4 Georg Simmel, *Der Streit* (1908), in: Ders., *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, hg. v. Otthein Rammstedt, 7. Aufl., Frankfurt a. M. 1992, 284–382.

5 Nadine Rossol/Benjamin Ziemann (Hg.), *Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik*, Darmstadt 2021, 417–440; Rudolf Morsey, *Die Deutsche Zentrumsparterie 1917–1923* (Beiträge

Auf den politischen Systemwechsel 1918/19 reagierte man in der Zentrumsparlei mit Pragmatismus. »Meine politischen Freunde und ich stellen uns nach allem, was geschehen ist, auf den Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen [...]. Wir tun das, weil wir in der demokratischen Republik die einzige Möglichkeit erblicken, aus dem Chaos der Revolution herauszukommen«, erklärte der Vorsitzende der Zentrumsfraktion in der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar, Adolf Gröber, am 13.02.1919.

Gröber stellte sich damit in die Tradition der Äquidistanz zu allen politischen Systemen, solange sie die Rechte der Kirche respektierten. Leo XIII. hatte diese Position formuliert und dazu genutzt, die Kirche der laizistischen französischen III. Republik anzunähern und in Deutschland den Kulturkampf allmählich zu beenden. Daher konnte die Zentrumsparlei auch der Weimarer Republik gegenüber loyal sein, da die Weimarer Reichsverfassung die Rechte der Kirche schützte. Selbst für strengkirchliche Vertreter und altgediente Monarchisten war damit eine Loyalitätsbrücke vom Kaiserreich in die Weimarer Republik geschaffen. Da die Republik eine Bestandsschutzgarantie für die katholischen Institutionen gab, konnten auch konservative Katholiken in ihr positiv mitarbeiten. Aus der Sicht anderer Parteien stand hinter dieser Haltung der Zentrumsparlei Opportunismus.⁶ Der Kölner Zentrumsparleiker Carl Bachem rechtfertigte diesen Pragmatismus in seiner vielbändigen Geschichte der Zentrumsparlei. Er und Parlamentarier wie Georg Schreiber, Wilhelm Marx und Adam Stegerwald verkörperten den Vernunftrepublikanismus in der Zentrumsparlei, der in Preußen und Baden besonders stark ausgeprägt war.

Im organisatorischen Unterbau der Zentrumsparlei, den vielen Vereinen und Verbänden, dachten viele jedoch anders. Ihre Abwehrhaltung gegen die Republik begründeten viele mit dem neuen Kulturkampf der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD), der in den Januarwahlkämpfen der Zentrumsparlei 1919 als politisches Argument gegen die Linke allgemein diente. Der USPD-Politiker Adolf Hoffmann, kurzzeitiger preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, hatte in Preußen für kurze Zeit die Abschaffung der kirchlichen Schulaufsicht durchgesetzt. Hoffmann hieß im Volksmund wegen seiner 1891 veröffentlichten Schrift »Die zehn Gebote

zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 32), Düsseldorf 1966; Karsten Rupert, Die Deutsche Zentrumsparlei und die Weimarer Demokratie 1918–1933, in: Wolfram Pyta [u. a.] (Hg.), Die Herausforderung der Diktaturen. Katholizismus in Deutschland und Italien 1918–1943/45, Tübingen 2009, 13–38; im Folgenden vgl. Siegfried Weichlein, Die Zwischenkriegszeit 1918–1933, in: Volkhard Krech/Lucian Hölscher (Hg.), Handbuch der Religionsgeschichte im deutschsprachigen Raum. 20. Jahrhundert, Bd. 6.1: Epochen und Themen, Paderborn 2015, 61–112, bes. 71 f., 76–106.

⁶ Wilfried Loth, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 75), Düsseldorf 1984; Weichlein, Zwischenkriegszeit, 71.

und die herrschende Klasse« schon länger »Zehn-Gebote-Hoffmann«.⁷ Als ideales und erprobtes Feindbild der Zentrumspartei wurde er zum unfreiwilligen Wahlhelfer der Zentrumspartei bei den beiden Januarwahlen 1919 im Reich und in Preußen.

Auch unter den Bischöfen war der politische Pragmatismus weitaus weniger ausgeprägt als in der Zentrumspartei. Unter ihnen und bei weiten Teilen des Klerus wollten viele an der Monarchie festhalten. Michael von Faulhaber, seit 1913 adlig und seit 1917 Erzbischof von München, war ein unversöhnlicher Gegner der Revolution und damit auch der Republik: »Die Revolution war Meineid und Hochverrat, [...] [sie] bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet«, schrieb er. Faulhaber ging noch weiter: »Auch wenn der Umsturz ein paar Erfolge brachte, wenn er den Bekennern des katholischen Glaubens den Weg zu den höheren Ämtern weit mehr als früher erschloss, – ein sittlicher Charakter wertet nicht nach den Erfolgen, eine Untat darf der Erfolge wegen nicht heiliggesprochen werden.«⁸ Für Faulhaber stand Gottessouveränität vor und über der verfassungsmäßig festgeschriebenen Volkssouveränität. Er brachte seinen Legitimus auf die Formel: »Gottesrecht bricht Staatsrecht«.⁹

Faulhabers Ablehnung von Revolution und Republik stieß im katholischen Adel Schlesiens und Westfalens auf viel Zustimmung. Hier ging man 1920 so weit, sich von der Zentrumspartei zu distanzieren und einen eigenen »Reichs-Ausschuss der Katholiken in der DNVP« mit dem westfälischen Engelbert Freiherrn von Landsberg-Velen an der Spitze zu gründen.¹⁰ Die konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) war das Sammelbecken der protestantisch-konservativen Parteien von vor 1914. Die Rechtskatholiken des Reichs-Ausschusses unterstützten den Kandidaten der DNVP, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, bei der Reichspräsidentenwahl 1925, obwohl er gegen den Zentrumskandidaten Wilhelm Marx antrat.¹¹

Die Weimarer Verfassung hatte – mit Zustimmung der Zentrumspartei – auf einen expliziten Gottesbezug verzichtet. Rechtskatholischen Kreisen stieß dies bitter auf. Bis ins Zentrum hinein kritisierte man offen das begriffliche Fundament der Weimarer Verfassung. Paul Lejeune-Jung vom Reichsausschuss warf der Zentrumspartei

7 Adolf Hoffmann, *Die zehn Gebote und die besitzende Klasse*, Berlin 1891.

8 Zitiert bei Weichlein, *Zwischenkriegszeit*, 71.

9 Rudolf Uertz, *Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken in Deutschland von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965)* (Politik- und kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft 25), Paderborn 2005, 312.

10 Vgl. Horst Gründer, *Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Rheinlande und Westfalens*, in: *Westfälische Zeitschrift* 134 (1984) 107–155, 145.

11 Johannes Horstmann, *Katholiken, Reichspräsidentenwahlen und Volksentscheide. Ausgewählte Aspekte zum Wahlverhalten der Katholiken in der Weimarer Republik mit statistischem Material*, in: *Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaft* 27 (1986) 61–93.

vor, den christlichen Grundsatz, dass jedwede Gewalt von Gott ausgehe, zu leugnen und stattdessen der »verhängnisvolle[n] Irrlehre von der Volkssouveränität« anzuhängen.¹² Monarchische Sympathien waren im Reichsausschuss weit verbreitet. Der ehemalige Straßburger Universitätsprofessor Martin Spahn machte sich zum Sprecher der katholischen Monarchisten.

Aber auch die Verteidiger von Republik und Demokratie in der Zentrumsparterie blieben nicht untätig. Bereits auf dem Münchner Katholikentag von 1922 widersprach der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, selbst Präsident des Treffens, Faulhaber offen. Adenauer verteidigte die Mitarbeit des Zentrums in der Republik. In seiner Schlussansprache machte Adenauer deutlich, dass die Mehrheit der deutschen Katholiken nicht hinter der Position Faulhabers stand: »Wo viel Licht, da ist auch viel Schatten. Auch von diesem Schatten zu sprechen, ist meine Pflicht. Es sind hie und da Äußerungen gefallen, die man sich aus Verhältnissen örtlicher Natur erklären kann, hinter denen aber die Gesamtheit der deutschen Katholiken nicht steht.«¹³ Der Präsident des Katholikentages Adenauer widersprach der Ansicht, christliche Grundsätze seien durch die Reichsverfassung entwertet worden. Es sei jetzt vielmehr an den Katholiken, dem Materialismus und dem Sozialismus zu widerstehen und konstruktiv am Staatsaufbau mitzuwirken und »beim Kampf um die Geltung der christlichen Grundsätze in den öffentlichen Dingen bei den Nichtkatholiken Bundesgenossen [zu] suchen«.¹⁴

Das Gegenargument katholischer Vernunftrepublikaner war durch und durch neuscholastisch. Selbst die Verteidiger von Republik und Demokratie konnten die plurale Willensbildung in einer Demokratie nicht innerlich nachvollziehen. Joseph Mausbach, Peter Tischleder und andere erkannten die Rechtsprinzipien der Republik rechtspragmatisch an und fügten sie in ein katholisches Gemeinwohlverständnis ein. Mausbach unterlegte der historisch-rechtlichen Begründung der Verfassungsprinzipien eine naturrechtliche Begründung. Die Verfassung stellte für die Neuscholastik nur den Träger der Staatsgewalt rechtlich fest, traf aber keine Aussage über deren Herkunft.¹⁵ So gesehen konnte jeder Staat – auch der revolutionären Ursprungs – die Loyalität der Katholiken einfordern, solange er das Sittengesetz und das Gemeinwohl respektierte. So hatte es die Staatslehre Leos XIII. formuliert. Aus katholischer Sicht war das Sittengesetz gewahrt und das Gemeinwohl respektiert, weil die Weimarer Verfassung

¹² Zitiert bei Christoph Hübner, *Die Rechtskatholiken, die Zentrumsparterie und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Scheiterns der Weimarer Republik* (Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert 24), Berlin 2014, 228.

¹³ Zitiert bei Hugo Stehkämper, *Konrad Adenauer als Katholikentagspräsident 1922. Form und Grenze politischer Entscheidungsfreiheit im katholischen Raum*, Mainz 1977, 105.

¹⁴ Zitiert bei Uertz, *Vom Gottesrecht zum Menschenrecht*, 312, Anm. 249.

¹⁵ Ebd., 245–254.

von christlichem und naturrechtlichem Geist geprägt war, Glaubens- und Gewissensfreiheit garantierte und den Schutz kirchlicher Rechte und Freiheiten sicherstellte. Mausbach berief sich dabei auf Leo XIII., der mit den gleichen Argumenten die französischen und belgischen Katholiken zur Mitarbeit in ihrem Staat ermuntert hatte. In seiner Enzyklika »Immortale Dei« hat Leo XIII. 1885 die Herrschergewalt von der Staatsform unterschieden: »Herrschergewalt [...] [ist] an sich mit keiner Staatsform notwendig verknüpft.« Die Staatsform kann »die eine oder andere Form annehmen, wenn diese das gemeinsame Wohl und Gedeihen wirksam fördert.«¹⁶

Die Weimarer Reichsverfassung garantierte für Mausbach, Tischleder und andere die zentralen Anliegen der katholischen Naturrechtslehre wie die Ehe, die Familie, das vorstaatliche Eigentum und Rechtseinrichtungen wie das Berufsbeamtentum. Der Moraltheologe Mausbach trat allen in seiner Partei entgegen, die der Republik ihre Herkunft aus der Revolution vorwarfen. Nicht das »Unrecht« der Revolution oder die »vollendete Tatsache« (Adam Stegerwald) des Umsturzes sei die Quelle der staatlichen Neuordnung nach 1918, sondern das Streben nach Wahrung des Gemeinwohls.¹⁷ Aus der Sicht der Mehrheit in der Zentrumsparlei trug die Weimarer Reichsverfassung damit eine katholisch-naturrechtliche Handschrift.¹⁸

Die katholische Presse blieb zentrumsnah und artikulierte in der Regel die Haltung der Parteiführung. Mitarbeit im Staat von Weimar bedeutete für die Parlamentarier der Reichstagsfraktion wie für die preußische Landtagsfraktion unter ihrem Vorsitzenden Joseph Heß in der Praxis, Kompromisse auszuhandeln. Das kam schon beim Kompromiss in den Kirchenartikeln in der Weimarer Reichsverfassung zum Ausdruck, die das Grundgesetz 1949 später übernahm.¹⁹

16 Georg Essen, Ortlos in der Demokratie der Weimarer Republik? Der Katholizismus in der Zwischenkriegszeit, in: Magnus Lerch / Christian Stoll (Hg.), Gefährdete Moderne. Interdisziplinäre Perspektiven auf die katholische Reformtheologie der Zwischenkriegszeit, Freiburg i. Br. / Basel / Wien 2021, 59–78, hier 70.

17 Joseph Mausbach, Kulturfragen in der deutschen Verfassung. Eine Erklärung wichtiger Verfassungsartikel. Mönchengladbach 1920, 20f.; Stefan Gerber, Pragmatismus und Kulturkritik. Die politische Kommunikation des deutschen Katholizismus in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 294 (2012), H. 2, 361–390, hier 377.

18 Ruppert, Zentrumsparlei; Ders., Die weltanschaulich bedingte Politik der Deutschen Zentrumsparlei in ihrer Weimarer Epoche, in: Historische Zeitschrift 285 (2007), H. 1, 49–97; Christian Waldhoff, Katholizismus und Verfassungsstaat, in: Görres Gesellschaft (Hg.), Jahres- und Tätungsbericht der Görres Gesellschaft 2010, Paderborn 2011, 43–67; Weichlein, Zwischenkriegszeit, 72.

19 Siegfried Weichlein, Von der Staatskirche zur religiösen Kultur. Die Entstehung des Begriffs der »Körperschaft öffentlichen Rechts« mit Blick auf die Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung, in: Lucian Hölscher (Hg.), Baupläne der sichtbaren Kirche. Sprachliche Konzepte religiöser Vergemeinschaftung in Europa (Bausteine zu einer europäischen Religionsgeschichte im Zeitalter der Säkularisierung 10), Göttingen 2007, 90–116.

Die »Zentrumsprälaten« und Reichstagsabgeordneten Franz Hitze, Joseph Mausbach und Georg Schreiber veranschaulichen diese Spannung zwischen Milieu, politischer Mitarbeit und Kompromissuche markant. Hitze und Mausbach arbeiteten im Verfassungsausschuss der Weimarer Nationalversammlung. Hitze war mit dem Mönchengladbacher Zentrumspolitiker und Reichssozialminister Heinrich Brauns ein einflussreicher Sozialpolitiker der Zentrumsparterie. Mit Joseph Mausbach formulierte er den Kirchen- und Schulkompromiss der Reichsverfassung. Der Münsteraner Georg Schreiber war einer der führenden Haushaltspolitiker und prägte als Reichstagsabgeordneter die Kulturpolitik. Sein kulturpolitisches Anliegen war es, die Katholiken aus ihrer Milieuabschottung, also »aus dem Ghetto«, herauszuholen und in die Mitte der Nation zu führen.²⁰

Woher rührte der erstaunliche Pragmatismus der Zentrumsführung? Wie vereinbarte sie ihren kompromissgeneigten Kurs mit der strikt katholischen Ausrichtung der Partei und wie lange hielt der Kurs an? Stefan Gerber hat den Pragmatismus der Zentrumsparterie untersucht und verweist auf »die Entkopplung von kirchlicher Hierarchie und politischem Katholizismus«. Das führte zu »eigene[n] Strategien der Politikbegründung« in der Zentrumsparterie und zu einer von der kirchlichen Hierarchie losgelösten »politische[n] Kommunikation in den Diskursräumen des politischen Katholizismus«. ²¹ Hierfür lässt sich eine Reihe von Belegen finden. Trotz der genannten Zentrumsprälaten ging der Anteil der Kleriker in der Reichstagsfraktion wie auch in der preußischen Fraktion zurück und die Sozialfigur des Verbandsmanagers gewann an Bedeutung. Mit ihr aber rückten Interessenvertretungen in den Vordergrund, nicht kirchliche oder theologische Positionen. Interessen machten ein Mehr oder Weniger möglich, was wiederum Kompromisse erlaubte.

Doch hatte das Vordringen der Verbände und der sozialen Interessen im politischen Katholizismus noch eine andere Seite. Im dichten Netz der katholischen Vereine und Verbände war man gerne unter sich und pflegte die alten Feindbilder des Kulturkampfes. Anreize zur Integration in eine zunehmend pluralistische Gesellschaft, was die Voraussetzung für eine parlamentarische Demokratie bildete, blieben rar und die Vorbehalte gegen den neuen Staat groß. Während unter den Zentrumsabgeordneten im Reich und vor allem in Preußen Kompromissbereitschaft und Pragmatismus überwog, war es in den katholischen Vereinen und Verbänden leichter, die reine Lehre zu vertreten. Das betraf zum einen die konfessionelle Identität, zum anderen aber und immer

²⁰ Karin Pohl, Die Soziologen Eugen Lemberg und Emerich K. Francis. Wissenschaftsgeschichtliche Überlegungen zu den Biographien zweier »Staffelsteiner« im »Volkstumskampf« und im Nachkriegsdeutschland, in: *Bohemia* 45 (2004), H. 1, 24–76, 36.

²¹ Essen, *Ortlos in der Demokratie*, 66; Stefan Gerber, *Pragmatismus und Kulturkritik*; Ders., *Pragmatismus und Kulturkritik. Politikbegründung und politische Kommunikation im Katholizismus der Weimarer Republik (1918–1925)* (Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte 26), Paderborn 2016, 333–340.